

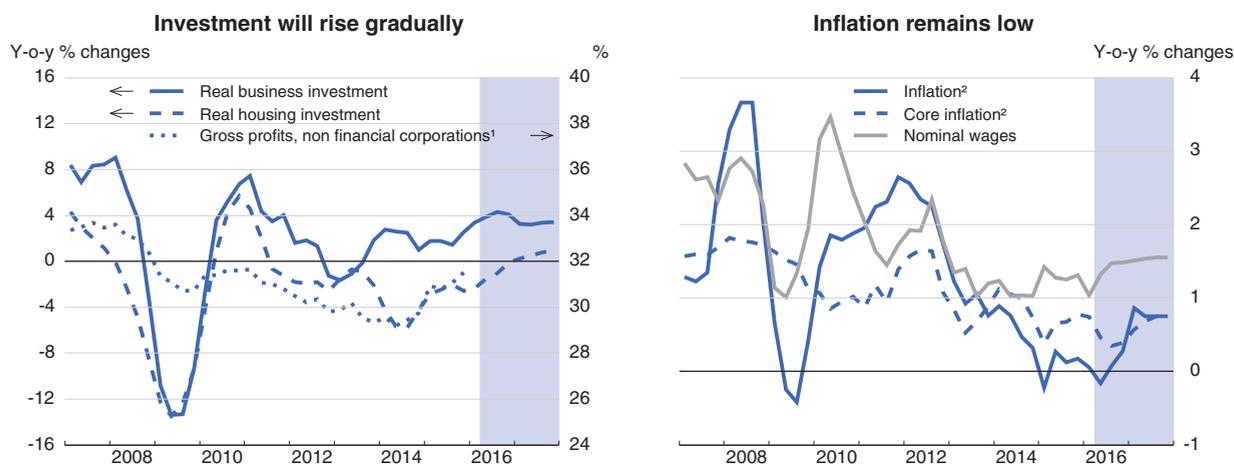
## FRANKREICH

Dank gesunkener Ölpreise, einer Verringerung der steuerlichen Belastung des Faktors Arbeit und der Unternehmen sowie anhaltend niedriger Zinsen wird das Wirtschaftswachstum dieses Jahr voraussichtlich 1,4% erreichen und 2017 auf 1,5% steigen. Die Beschäftigung wird unter dem Einfluss niedrigerer Sozialversicherungsbeiträge und neuer Einstellungsbeihilfen expandieren, allerdings wird dies nur zu einem allmählichen Rückgang der Arbeitslosigkeit führen. Die Inflation wird auf niedrigem Niveau verharren, da die Kapazitätsüberhänge bis zum Ende des Projektionszeitraums bestehen bleiben dürften.

Trotz der Steuersenkungen wird das Haushaltsdefizit infolge gesunkener Schuldendienstkosten und gewisser Ausgabeneinsparungen 2017 wohl auf 3% des BIP zurückgehen. Dadurch kann der weitere Anstieg der öffentlichen Verschuldung begrenzt werden, während die Risiken für die nach wie vor fragile Erholung möglichst gering gehalten werden. Um die hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, haben die zuständigen Stellen neue Einstellungsbeihilfen für kleine und mittlere Unternehmen sowie erweiterte Schulungsmöglichkeiten für Arbeitsuchende angekündigt. Ein Arbeitsmarktreformentwurf klärt die Bedingungen für betriebsbedingte Kündigungen und schafft mehr Spielraum für Verhandlungen auf Unternehmensebene, vor allem in Bezug auf die Arbeitszeiten.

Die Produktivität ist hoch, das Produktivitätswachstum ist allerdings seit mehreren Jahrzehnten schwach. Eine rasche Umsetzung der vorgesehenen Qualitätssicherungs- und Orientierungssysteme für die berufliche Weiterbildung würde die Eingliederung geringqualifizierter Arbeitskräfte ins Erwerbsleben fördern, indem ihre Produktivität erhöht würde. Mehr Rechtssicherheit bei Kündigungen würde die Bereitschaft der Unternehmen zur Einstellung neuer Mitarbeiter und zur Nutzung von Expansionschancen erhöhen, was mit der Schaffung stabilerer Arbeitsplätze verbunden wäre. Durch die Erleichterung des Zugangs zu einer breiteren Palette regulierter Berufe würden Wettbewerb und Produktivität gesteigert, was mit Preissenkungen einherginge, die den Verbrauchern, vor allem den ärmeren unter ihnen, zugute kämen.

### France



1. As a percentage of gross value added.

2. Harmonised consumer price index, excluding energy, food, alcohol, and tobacco for core inflation.

Source: OECD Economic Outlook 99 database; and INSEE.

France: **Employment, income and inflation**

Percentage changes

	2013	2014	2015	2016	2017
Employment	-0.2	0.1	0.0	0.4	0.5
Unemployment rate <sup>1</sup>	9.9	9.9	10.0	9.8	9.7
Compensation per employee <sup>2</sup>	1.6	1.3	1.1	1.3	1.5
Unit labour cost	0.7	1.0	0.1	0.4	0.5
Household disposable income	0.8	1.1	1.6	1.9	2.0
GDP deflator	0.8	0.5	0.7	0.6	0.6
Harmonised index of consumer prices	1.0	0.6	0.1	0.1	0.8
Core harmonised index of consumer prices <sup>3</sup>	0.7	1.0	0.6	0.5	0.7
Private consumption deflator	0.8	0.0	-0.1	0.0	0.3
<i>Memorandum item</i>					
Unemployment rate <sup>4</sup>	10.3	10.3	10.3	10.2	10.1

1. As a percentage of labour force, metropolitan France.

2. In the total economy.

3. Harmonised index of consumer prices excluding food, energy, alcohol and tobacco.

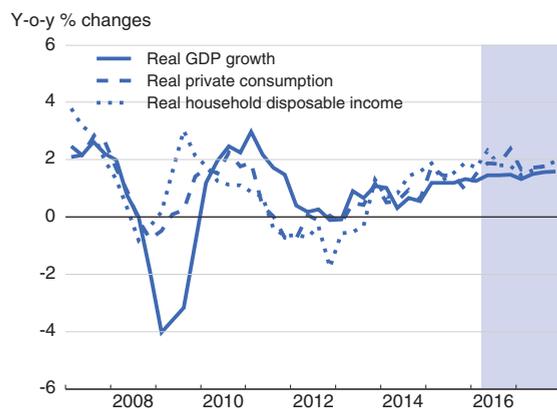
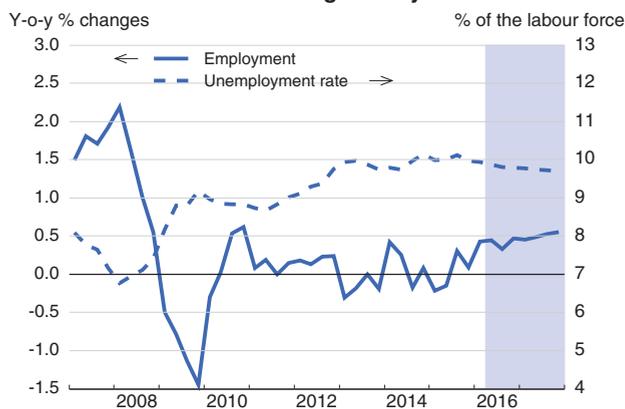
4. As a percentage of labour force, national unemployment rate, includes overseas departments.

Source: OECD Economic Outlook 99 database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933369024>**Eine allmähliche Erholung hat Tritt gefasst**

Sinkende Energiepreise und eine niedrige Inflation haben zu steigenden Reallöhnen geführt, die ein stärkeres Wachstum des privaten Verbrauchs begünstigen. Die Unternehmensinvestitionen sind 2015 wieder in Schwung gekommen, was einer guten Gewinnlage, niedrigen Energiepreisen, beschleunigten Abschreibungsmöglichkeiten und Senkungen der Sozialversicherungsbeiträge und der Unternehmenssteuern zu verdanken war. Der Sparkurs im öffentlichen Sektor bewirkte jedoch, dass die Investitionen der nachgeordneten Gebietskörperschaften abnahmen. Die Wohnungsbauinvestitionen sind immer noch rückläufig, obwohl sich die Zahl der Baugenehmigungen und Baubeginne seit Anfang 2015 stabilisiert hat.

## France

**Consumption continues to support growth****Employment should grow and unemployment should fall gradually**

Source: OECD Economic Outlook 99 database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933367816>

France: **Financial indicators**

	2013	2014	2015	2016	2017
Household saving ratio, gross <sup>1</sup>	14.4	14.8	15.1	15.1	15.1
General government financial balance <sup>2</sup>	-4.0	-4.0	-3.5	-3.4	-3.0
General government gross debt <sup>2</sup>	110.9	120.3	120.8	121.6	122.1
General government debt, Maastricht definition <sup>2</sup>	92.3	95.3	96.1	96.9	97.4
Current account balance <sup>2</sup>	-0.8	-0.9	-0.1	-0.7	-0.8
Short-term interest rate <sup>3</sup>	0.2	0.2	0.0	-0.2	-0.3
Long-term interest rate <sup>4</sup>	2.2	1.7	0.8	0.5	0.5

1. As a percentage of disposable income (gross saving).

2. As a percentage of GDP.

3. 3-month interbank rate.

4. 10-year benchmark government bonds.

Source: OECD Economic Outlook 99 database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933369039>

Euroabwertung und Steuersenkungen halfen der französischen Exportindustrie, wettbewerbsfähiger zu werden und Marktanteile zurückzugewinnen, während die niedrigeren Ölpreise die Einfuhrkosten sinken ließen. Dadurch hat das Leistungsbilanzdefizit deutlich abgenommen. Die Arbeitslosigkeit hat zu steigen aufgehört, was bezuschussten Arbeitsplätzen für junge und geringqualifizierte Arbeitskräfte – vor allem im nichtgewerblichen Sektor – sowie, in jüngerer Zeit, einer Zunahme der Beschäftigung in Zeitarbeitsagenturen zuzuschreiben war. Trotz der äußerst akkommodierenden Geldpolitik verringerte sich die Inflation auf Grund umfangreicher Kapazitätsüberhänge sowie sinkender Ölpreise.

France: **Demand and output**

	2014	2015	2016	2017	Fourth quarter		
					2015	2016	2017
	Current prices EUR billion	Percentage changes from previous year, volume (2010 prices)					
<b>GDP at market prices</b>	2 140.2	1.2	1.4	1.5	1.3	1.5	1.6
Private consumption	1 184.0	1.4	1.9	1.7	1.0	2.4	1.8
Government consumption	516.0	1.5	1.4	0.6	1.5	1.0	0.6
Gross fixed investment	463.1	0.0	2.2	2.2	1.1	2.4	2.4
Public	78.7	-3.0	1.0	0.1	1.2	-0.4	0.3
Residential	109.7	-2.5	-1.3	0.6	-2.6	-0.1	1.0
Non-residential	274.8	1.9	3.9	3.3	2.6	4.1	3.4
Final domestic demand	2 163.1	1.1	1.9	1.6	1.1	2.1	1.6
Stockbuilding <sup>1</sup>	17.3	0.3	0.4	0.0			
Total domestic demand	2 180.4	1.4	2.2	1.5	2.2	1.8	1.6
Exports of goods and services	612.7	6.1	1.8	3.8	4.7	2.0	4.1
Imports of goods and services	652.9	6.4	4.4	3.9	7.0	3.1	4.1
Net exports <sup>1</sup>	- 40.2	-0.2	-0.8	-0.1			

Note: Detailed quarterly projections are reported for the major seven countries, the euro area and the total OECD in the Statistical Annex.

1. Contributions to changes in real GDP, actual amount in the first column.

Source: OECD Economic Outlook 99 database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933369045>

### **Eine geringere Besteuerung des Faktors Arbeit und eine Reform des Weiterbildungssystems fördern die Beschäftigung und Produktivität geringqualifizierter Arbeitskräfte**

Auf Grund drastischer Kürzungen der Investitionen der nachgeordneten Gebietskörperschaften ist das gesamtstaatliche Defizit 2015 auf 3,5% des BIP gesunken, womit es niedriger ausfiel als erwartet. Ausgabendisziplin und ein wieder kräftigeres Wirtschaftswachstum werden der Regierung helfen, das Defizit weiter zu senken, um 2017 das Ziel von 3% des BIP zu erreichen, auch wenn eine Reihe von Maßnahmen ergriffen wird, die die Ausgaben erhöhen. Dieser sanfte Konsolidierungskurs ist angesichts der nach wie vor fragilen Erholung angebracht.

Eine Reihe in jüngster Zeit ergriffener bzw. geplanter Maßnahmen könnte dazu beitragen, die Produktivität und die Beschäftigungschancen geringer qualifizierter Arbeitskräfte zu erhöhen. Durch eine 2014 verabschiedete Reform werden Arbeitslose Anspruch auf zusätzliche Schulungszeiten erhalten. Die geplante Reform zur Erhöhung der Rechtssicherheit bei Kündigungen würde die Bereitschaft der Arbeitgeber erhöhen, Personen in unbefristeten Arbeitsverträgen einzustellen. Damit hätten geringqualifizierte Arbeitskräfte, die derzeit häufig befristeten Beschäftigungen mit geringen Weiterbildungsmöglichkeiten nachgehen, mehr Chancen, einen stabileren Arbeitsplatz zu finden. Allerdings würden sich dadurch auch die Entlassungsrisiken für Arbeitskräfte erhöhen, die bereits einen unbefristeten Arbeitsvertrag haben. Die Senkungen der Sozialversicherungsbeiträge, die hauptsächlich auf Geringverdiener abzielen, werden die Inklusivität des Arbeitsmarkts ebenfalls erhöhen. Da diese Vergünstigungen jedoch bei steigendem Einkommen entzogen werden, könnte die dann eintretende Zunahme der Abgabenlast die Weiterbildungsanreize verringern und Niedriglohnfallen entstehen lassen. Weitere Einkommensteuersenkungen für Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen, rationellere und wirkungsvollere Lohnergänzungsleistungen und weitere Ermäßigungen der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung werden die Beschäftigungschancen von Geringverdienern erhöhen und damit den Konsum fördern und das Wachstum inklusiver machen. Die vor kurzem verabschiedete Produktmarktreform sollte auf eine breitere Palette regulierter Berufe ausgedehnt werden, und die Regulierung des Einzelhandels sollte weiter gelockert werden, um die Beschäftigungschancen zu vergrößern.

### **Das Wachstum wird voraussichtlich nach und nach steigen**

Weitere Senkungen der Sozialversicherungsbeiträge und neue Einstellungsbeihilfen dürften ein moderates Wachstum der Beschäftigung und des privaten Verbrauchs unterstützen. Die vor kurzem angekündigte Ausdehnung der beschleunigten Abschreibung auf Anschaffungen, die nach April 2016 getätigt werden, sowie niedrigere Unternehmenssteuern und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung werden den Unternehmensinvestitionen Auftrieb geben. Die Wohnungsbauinvestitionen dürften gegen Jahresmitte die Talsohle erreichen, werden sich danach aber nur mäßig beleben. Das Exportwachstum wird sich wohl im Großen und Ganzen parallel zur Exportnachfrage entwickeln.

Dies ist ein mittleres Szenario, und verschiedene Faktoren könnten zu abweichenden Entwicklungen führen. Die jüngste Reihe von Reformen könnte das Vertrauen der privaten Haushalte und der Unternehmen stärker erhöhen als angenommen, was zu mehr Verbrauch und Investitionen führen könnte, nachdem die Sparquote der privaten Haushalte und die Gewinnspannen kürzlich gestiegen sind. Eine über Erwarten starke Verlangsamung in den aufstrebenden Volkswirtschaften, vor allem in China, oder ein niedrigeres Wachstum im Euroraum, z.B. infolge eines „Ja“ beim britischen Referendum über den EU-Austritt, könnten demgegenüber die Exportnachfrage und das Vertrauen beeinträchtigen.



**From:**  
**OECD Economic Outlook, Volume 2016 Issue 1**

**Access the complete publication at:**  
[https://doi.org/10.1787/eco\\_outlook-v2016-1-en](https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2016-1-en)

**Please cite this chapter as:**

OECD (2016), "Frankreich", in *OECD Economic Outlook, Volume 2016 Issue 1*, OECD Publishing, Paris.

DOI: [https://doi.org/10.1787/eco\\_outlook-v2016-1-18-de](https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2016-1-18-de)

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to [rights@oecd.org](mailto:rights@oecd.org). Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at [info@copyright.com](mailto:info@copyright.com) or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at [contact@cfcopies.com](mailto:contact@cfcopies.com).